



BürgerInnenbrief

4. Juli 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Nordbank +++ Behördenumzüge +++ Altona +++ Mietenspiegel +++ DIE LINKE & die Medien +++ Tipps

Neues von der HSH Nordbank

von Joachim Bischoff



HSH Nordbank Aufsichtsratsvorsitzender Kopper: »Wenn' so kommt, wirds so kommen.«

Die Banken-Krise in den kapitalistischen Metropolen ist noch keineswegs ausgestanden. Die Dramatik zeigt sich nicht nur in den möglichen Konsequenzen einer größeren Umschuldung Griechenlands. Auch die deutschen Landesbanken schreiben noch immer rote Zahlen. Unter den größten von ihnen schaffen es die WestLB, die BayernLB, die Landesbank Baden Württemberg (LBBW) sowie auch die HSH Nordbank bislang nicht, aus eigener Kraft und ohne staatliche Hilfe wieder auf die Beine zu kommen. Sie sind außerstande, ausgeglichene Ergebnisse vorzulegen. Bei all diesen Banken gibt es eine ähnliche Konstellation: knappes Eigenkapital, kein tragfähiges Geschäftsmodell, dünne Margen.

Nach Einschätzung des Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank Hilmar Kopper sind Landesbanken mit eigenen Fi-

lialen wie die LBBW und die Helaba (Frankfurter Sparkasse) künftig im Vorteil. Von den acht Landesbanken könnten sich diese am besten als große Regionalbanken behaupten, »für die anderen wird es sehr, sehr schwer werden«. »Einige werden sich auflösen«, so Kopper. Die Eigner der WestLB hatten in der vergangenen Woche deren Aufspaltung und Teil-Abwicklung beschlossen. Und für diese unvermeidliche Abwicklung müssen Sparkassen und die öffentlichen Finanzen erneut größere Summen übernehmen.

Entgegen den vollmundigen Erklärungen über eine erfolgreiche Sanierung der HSH Nordbank droht auch diesem Institut, an dem Hamburg beteiligt ist, eine kontrollierte Schließung. Im Folgenden wird dargelegt, wie deren Situation in die Gesamtlage der deutschen Landesbanken eingebettet ist.

Es ging den Landesbanken mal richtig gut. Nachdem die WestLB als erste ihr Geschäfte internationalisiert hatte, nahmen sich andere wie HSH Nordbank, SachsenLB, BayernLB, die WestLB zum Vorbild und folgten dem von ihr eingeschlagenen Weg. Die Banken nutzten die Möglichkeit, sich aufgrund öffentlicher Gewährträgerhaftung mit billigen Geldern vollsaugen zu können und legten diese Gelder in internationalen Kreditersatzgeschäften wieder an. Mit relativ wenig Aufwand wurde viel Geld verdient. Damit gingen sie jedoch gleichzeitig hohe Risiken ein. Die Vorstände und Aufsichtsräte nahmen sogar in Kauf, dass die unter ihrer Verantwortung stehenden Banken extrem anfällig für mögliche von außen einwirkende Schieflagen wurden.

Es kam, wie es kommen musste: Die internationale Finanzkrise 2007ff. traf die involvierten Landesbanken mit voller Wucht. Der Strudel hätte sie mit in die Tiefe gerissen, wenn die SteuerzahlerInnen nicht hohe Milliardenbeträge zugeschossen hätten. Das Argument für die Stützungszahlungen war ihre »Systemrelevanz«. Die BürgerInnen mussten den Eindruck gewinnen, es ginge um den Untergang des Abendlandes. Glücklicherweise gibt es eine EU-Kommission, die die Hilfszahlungen für die Landesbanken extrem kritisch bewertet und mittlerweile prüft, ob diese Hilfszahlungen nicht als verdeckte Subventionen zu sehen sind. Ohne diese kritische Einschätzung wäre man nach den vereinnahmten Sanierungszahlungen sicherlich wieder zur Tagesordnung übergegangen.

Auch die HSH Nordbank muss mit der Rückführung der von Hamburg und Schleswig-Holstein zur Stützung der Bank aufgebrauchten Kapitalzuführung rechnen, wenn nicht endlich ein vernünftiges und tragfähiges Geschäftsmodell gefunden wird. Mittlerweile ist zu hören, dass Brüssel auch hier mit der Geduld am Ende ist. Die HSH Nordbank soll sich weiter geschrumpfen. Statt wie geplant wieder zu wachsen, müsse die Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein als Folge eines EU-Beihilfeverfahrens das Geschäft noch stärker reduzieren als ursprünglich angekündigt. In der Konsequenz droht ein weiterer drastischer Stellenabbau.

Zwar hat die Bank seit 2009 bereits elf Mrd. Euro ihres ursprünglich rund 30 Mrd. Euro schweren Schiffskredite-Portfolios in eine Abwicklungseinheit verschoben. Dies ist Brüssel aber nicht genug. Die Bank geht jedoch davon aus, dass Brüssel die Staatshilfe aus dem Jahr 2009 nach der Rückführung des Volumens der Schiffskredite um weitere 3-4 Mrd. Euro genehmigt. Nach derzeitigem Stand wird die Bank sich wohl von Teilen ihres internationalen Geschäftes trennen müssen. Im Gespräch sind das vollständige Flugzeuggeschäft, Teile der Segmentes »Schifffinanzierungen« sowie der internationale Teil des Immobiliengeschäftes für ihre deutschen Kunden. Damit soll eine Reduzierung der Bilanzsumme um etwa 12 bis 15 Mrd. Euro sowie eine deutliche Reduzierung der Risikobehaftung der getätigten Geschäfte der Bank bewirkt werden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper spricht offen über das mögliche Ende der Landesbanken. Der Kommission gehe es nicht mehr primär um eine Privatisierung der Landesbanken, sondern um eine Beschneidung von deren Akti-

vitäten. Der Prozess zum Verkauf der HSH sei »tot«. Die HSH müsse voraussichtlich die Flugzeugfinanzierung auf Druck der EU-Kommission aufgeben. »Wenn es so kommt, wird's so kommen, und wir werden damit leben müssen«, lautet seine lakonische Schlussfolgerung. »Leben« müssen mit dieser Entwicklung vor allem die Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg, d.h. die SteuerzahlerInnen stehen im Zweifelsfall für Verluste gerade, denn in der Endabrechnung könnte das Abenteuer »innationale Kapitalmarktbank« noch richtig teuer werden.

Erstmals werden inzwischen auch ehemalige Vorstände von Landesbanken zur Verantwortung gezogen, nachdem seit geraumer Zeit gegen etliche Vorstände ermittelt wird. Vier Jahre nach der Beinahe-Pleite der ehemaligen Sachsen LB ist Anklage gegen drei frühere leitende Mitarbeiter erhoben worden. Auch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist mittlerweile erstmals ins Visier der Ermittler geraten. Im Zusammenhang mit der SachsenLB wird gegen PriceWaterhouseCoopers ermittelt werden. Weil sie die Liquiditäts- und Verlustrisiken aus US-Immobilienengeschäften nicht ausreichend dargestellt haben, will die Wirtschaftsprüferkammer ein berufsgerichtliches Verfahren gegen die Wirtschaftsprüfer einleiten.

Die BayernLB hat als erste Landesbank ihren kompletten ehemaligen Vorstand verklagt. Wegen des milliarden-schweren Fehlkaufs der österreichischen Bank Hypo Alpe Adria wird gegen acht ehemalige Vorstände Schadenersatz in Millionenhöhe geltend gemacht. Nach Informationen aus Branchenkreisen geht es um eine Summe von rund 200 Mio. Euro. Parallel zur Zivilklage auf Schadenersatz hat auch die Staatsanwaltschaft München vor wenigen Wochen Anklage gegen die Ex-Vorstände erhoben. Sowohl der strafrechtliche wie der zivilrechtliche Prozess dürften Ende 2011 beginnen.

Wenn die Staatsanwaltschaft ihre Anschuldigungen beweisen kann, droht den Bankern mehrjährige Haft. Die Schadenersatzforderungen könnten sie zudem ihres gesamten Vermögens berauben. Von den 200 Millionen Euro werden 105 Millionen Euro durch die Managerhaftpflichtversicherung abgedeckt. Es ist aber keineswegs klar, ob die Versicherung auch zahlt.

Alle betroffenen Banker beteuern bislang ihre Unschuld und haben sich mit einer Heerschar von Starverteidigern umgeben. Anzeichen auf eine außergerichtliche Einigung gibt es bislang nicht. Die Banker scheinen ihre Fälle bis zum Ende durchfechten zu wollen. Damit bahnen sich spektakuläre Musterprozesse an, denn auch bundesweit wird gegen andere ehemalige Banker ermittelt, z.B. bei der Hypo Real Estate und verschiedenen Landesbanken.

Auch in Hamburg sind noch reichlich Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der HSH Nordbank anhängig. Bei entsprechend positiven Entwicklungen bei den anderen Verfahren kann Hamburg noch auf eine Anklage spekulieren. Es würde den Schaden allerdings nicht einmal in der Größenordnung der berüchtigten »Portokassen« gutmachen können, aber es wäre ein Beitrag zur Herstellung des »Rechtsfriedens«, wenn die Zocker-Banker und ihre politischen Partner eine verdiente Strafe erhielten.

»Teilhabe paket« für notleidende InvestorInnen

von Heike Sudmann



»Investorenteil«: Blick von der Elbphilharmonie in die HafenCity

Seit den 1990er Jahren ist Büroleerstand ein bekanntes Phänomen. Kritischen Stimmen, die die Flächenverschwendung und die gleichzeitig fehlenden Aktivitäten für Wohnungsbau angeprangert haben, wurde stets von allen Senaten entgegengehalten, dass ein Überhang an Flächen notwendig für einen gesunden Markt sei. Diese irrierte These hat jedoch den CDU-Senat im Jahr 2005 nicht an der Unterzeichnung eines Vertrages gehindert, beim Verkauf von Flächen in der HafenCity das Risiko für die BüroinvestorInnen zu vergesellschaften und bei entsprechendem Leerstand Bürokapazitäten anzumieten.

Die FDP forderte nun auf der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Sommerpause, dass das Bezirksamt Hamburg-Mitte in die in Teilen leer stehende HafenCity umziehen solle. Diese Wirtschaftspartei, die sonst immer für den Abbau öffentlicher Leistungen und Kürzungen eintritt, hat keine Hemmungen, öffentliche Gelder zur Unterstützung notleidender InvestorInnen zu missbrauchen.

Eines der Hamburger Hauptprobleme im Bausektor ist die renditeorientierte Vergeudung von Baukapazitäten: Einerseits muss mittlerweile von 30.000 bis 90.000 fehlenden Wohnungen ausgegangen werden, andererseits verzeichnen wir einen Überhang von 1,2 Mio. qm leerstehendem Büroraum (Ende 2010) – das wären gut 17.000 Wohnungen zu je 70 qm. Hinzugenommen werden muss, dass laut Marktanalyse von »Savills« vom Januar 2011 in den Jahren 2011 und 2012 jeweils eine weitere Viertelmillion qm neuen Büroraums fertiggestellt werden wird.

Die Probleme zeigen sich brennpunktartig in der HafenCity. Gegenwärtig wird hier ein Leerstand von 95.000 qm Büroflächen (17,5% der Gesamtfläche) konstatiert (Hamburger

Abendblatt vom 15.6.2011). Am dramatischsten stellt sich die Lage im Überseequartier dar: Hier beträgt der Büroleerstand sogar 32.500 qm, was etwa 80% der Flächen ausmacht. Gerade hat die Weltfirma SAP mit ihren 400 Beschäftigten – einer der ersten Mieter der neuen HafenCity seit 2003 – angekündigt, den Standort wieder zu verlassen und in die Tesdorpfstraße (Rotherbaum) wegen der angeblich besseren Verkehrsverbindungen umzuziehen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sehen die Parteien unterschiedlich. Die FDP (Dr. Kurt Duwe) bemängelt den bisher noch fehlenden »Wohlfühlfaktor«, aber auch das hohe Mietniveau. Die SPD (Andy Grote) spricht dagegen von einer »Fehlplanung« unter Schwarz-Grün und favorisiert demgegenüber die Verstärkung des Wohnungsbaus. DIE LINKE hat immer wieder die Grundstücksspekulation, die hohen Preise und den überflüssigen Bürobau kritisiert und verlangt, dass für die in großen Teilen noch nicht bebaute östliche HafenCity deutlich mehr Wohnungen geplant werden, am besten öffentlich geförderte Sozialwohnungen.

Wenn die FDP mit einem Antrag nun »endlich Klarheit über Hamburger Behördenstandorte«, dann ist das vom Grundsatz her – nicht zuletzt wegen der unmittelbar betroffenen dort arbeitenden Menschen – zunächst einmal ein vernünftiges Anliegen. Vergessen wird dabei allerdings, warum überhaupt teure Umzüge erfolgen müssen. Denn das hängt primär mit dem noch unter der SPD/GAL-Koalition begonnenen und dann vom CDU-Senat ab 2005 flächendeckend vollzogenen großen Ausverkauf städtischer Immobilien zusammen. Unter anderem fiel diesem Privatisierungsangriff im August 2009 auch das Gebäude der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) an der Stadthausbrücke für 54 Mio. Euro zum Opfer,

das nun voraussichtlich bis 2013 geräumt werden muss. Mit dem Verkauf dieses Ensembles ging die Überlegung einher, rechtzeitig zum Beginn der Internationalen Bauausstellung (IBA) 2013 in Wilhelmsburg einen noch repräsentativeren, energetisch einwandfreien Neubau zu errichten.

Aber die Problematik des BSU-Neubaus und die bereits unter Schwarz-Grün angekündigten Behördenumzüge sind unterschiedlich zu betrachten. Der ursprünglich für die 1.400 Beschäftigten der BSU geplante und mindestens 100 Mio. Euro teure Neubau auf der Elbinsel nahe der S-Bahn Wilhelmsburg sollte das Glanzstück der IBA 2013 werden. Durch den Abzug von mindestens 200 BehördenmitarbeiterInnen aus dem Bereich Verkehr – sie arbeiten nunmehr unter dem Dach der Wirtschaftsbehörde – ist das im Bau befindliche Gebäude für die BSU schlicht zu groß. Auf einer Veranstaltung in der Patriotischen Gesellschaft am 16. Mai hatte die neue Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau zugesichert, dass der Bau zu Ende geführt werde, dort aber nicht notwendig die abgespeckte BSU einziehen müsse. Ob »scheißeegal« ist, wer in den Neubau einzieht (O-Ton Blankau), sei dahingestellt, aber richtig ist, dass die Belegung des Stadtteils und der erwartete Kaufkraftzuwachs nicht von einer bestimmten Behörde abhängig sind. Für die BSU-KollegInnen, aber auch die ElbinsulanerInnen ist dennoch wichtig, schnellstmöglich zu erfahren, wie die Perspektive aussieht – Senatorin Blankau hat einen Entscheidungszeitraum von »zwei bis drei Monaten« angegeben. Dass die BSU durch die selbstverschuldete Politik des schwarz-grünen Senatsvorgängers umziehen muss, bleibt allerdings Tatsache.

Schauen wir auf mögliche räumliche Veränderungen bei anderen Behörden: Für die seit Frühjahr 2010 diskutierten Umzüge des Bezirksamtes Hamburg-Mitte (bisher am Klosterwall) und der Wirtschaftsbehörde (bisher am Alten Stein-

weg) spielt weniger die Not der Beschäftigten oder der Gebäudeverkauf eine Rolle. Beim Verkauf der HafenCity-Fläche an ein Investorenkonsortium 2005 für 150 Mio. Euro hat der Senat die aberwitzige Zusage gemacht, bei etwaigem Leerstand bis zu 50.000 qm Bürofläche über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren zum Preis von 15,84 Euro/qm anzumieten. Wegen dieses Zusatzgeschenks an die InvestorInnen überflüssiger Büroneubauten sollen nun die BürgerInnen tief in die Tasche greifen.

Die Wirtschaftsbehörde zahlt bisher am Alten Steinweg 10,20 Euro/qm, beim Umzug in die HafenCity würden die jährlichen Mietbelastungen von 1,9 auf 3,0 Mio. ansteigen. Sollte die von der FDP favorisierte Lösung eines Umzuges des Bezirksamtes Mitte in das Überseequartier kommen, würde dessen Mietbelastung von 3,2 auf 3,9 Mio. Euro klettern. Mit solchen Grundstücksdeals und Behördenverschiebungen verdient sich das HafenCity-Konsortium die Taschen voll, auf Kosten der Hamburger BürgerInnen. All das ist nicht akzeptabel, zumal in der östlichen HafenCity weitere Büros und Gebäude für Tausende Arbeitsplätze entstehen sollen, die anderswo wegfielen. Ein sparsamer Umgang mit den finanziellen Mitteln der Stadt sieht anders aus.

Den MitarbeiterInnen und auch BürgerInnen betroffener Stadtteile muss eine klare und zeitnahe Perspektive aufgezeigt werden. Wenn schon Umzüge wie im Fall der BSU an der Stadthausbrücke nicht mehr zu vermeiden sind, dann müssen wenigstens die finanziellen Mittel und räumlichen Ressourcen geschont werden. Jeder weitere Verkauf städtischer Immobilien muss unterbleiben. Und der weitere Büroneubau in der östlichen HafenCity sollte sofort gestoppt und durch den Bau von bezahlbaren Wohnungen ersetzt werden. Das wäre die einzig richtige Konsequenz, an die sich offenbar auch der SPD-Senat nicht herantraut.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Mittwoch, 6.7., 19:00 Uhr, Bürgerhaus Lenzsiedlung, Julius-Vosseler-Str. 193:

Mieten und Wohnungsbau in Hamburg, Bezirksmitgliedertreffen der LINKEN Eimsbüttel

Donnerstag, 7.7., 19:00 Uhr, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hörsaal, Berliner Tor: ver.di-Veranstaltung zur **Euro-Krise – Was tun?**, mit Thomas Straubhaar (Direktor des HWWI) und Dierk Hirschel (Chef-Ökonom beim ver.di-Bundesvorstand), moderiert von Herbert Schalthoff

Samstag, 9.7., 16:00-20:00 Uhr, Hansaplatz: Kundgebung des Bündnisses »Recht auf Straße und Privilegien für Alle!« **gegen die Vertreibung der Prostitutionsszene** aus St. Georg.

Nachdem die HASPA bereits im Mai 2010 unter der Überschrift »L(i)ebenswertes Hamburg« ihre erste Studie zum Thema »Die Lebensqualität in der Hansestadt im deutschen Metropolenvergleich« vorgelegt hatte, folgte Ende Juni 2011 der zweite Teil mit dem Titel **»Die Stadtteile im Vergleich«**.

Auch wenn im einzelnen sicher Kritik an Daten und Interpretationen anzubringen wäre, lohnt ein Blick in die mit vielen Statistiken angereicherten und im Netz zu findenden Materialien:

http://www.haspa.de/contentblob/Haspa/DieHaspa/Presse/Pressemeldungen/2011/Hamburg_Studie_II/PDF_Haspa_Hamburg-Studie_II.pdf

Stadtplanung und Stadtentwicklung in Altona

von Robert Jarowoy



Vor dem Umbau: Blick vom ehemaligen Frappant-Gebäude in die Große Bergstraße

Von einer wirklichen Stadtplanung und -entwicklung kann meines Erachtens heutzutage nicht mehr die Rede sein. Anstelle eines umfassenden Konzepts, in das sich nach und nach die einzelnen Bauvorhaben einpassen, werden die Bebauungspläne den Investoreninteressen angepasst. Auch das so genannte Konzept der innerstädtischen Verdichtung durch Aufstockungen, Innenhofbebauungen und Baulückenschließungen dient allein dem ständig wachsenden Renditehunger nimmersatter ImmobilienbesitzerInnen.

Bevor ich auf die gegenwärtig in Altona bestimmenden Bauprojekte eingehe, möchte ich kurz daran erinnern, was Stadtentwicklung in den 1920er Jahren unter dem damaligen Altonaer Bausenator Gustav Oelsner (1879-1956) bedeutete. 1923 wurde Oelsner mit der Erstellung eines »Generalsiedlungsplanes für Altona« beauftragt. Dieser ein Jahr später von ihm vorgelegte Plan hatte im Wesentlichen die Schaffung dreier Grüngürtel in geschwungener nord-südlicher Richtung quer durch Altona sowie den Kauf von bis dahin privaten Parkanlagen entlang der Elbe, um sie öffentlich zugänglich zu machen, zum Inhalt (Elbwanderweg von Neumühlen bis Blankenese). Seine vor allem durch die SAGA (Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona) realisierte kommunale Wohnungsbaupolitik folgte der Maxime des Strebens nach Licht, Luft und Farbe für Altona und seine BewohnerInnen, insbesondere die Arbeiterschaft. Der vierte Grüngürtel wurde von Oelsner nach seiner Rückkehr aus der NS-bedingten Emigration als der heutige Grünzug durch Altona-Altstadt konzipiert.

Während Oelsner die Gestaltungsmöglichkeiten nutzte, die sich ihm durch die Konkurse vieler privater ParkbesitzerInnen während der Weltwirtschaftskrise bzw. nach dem Krieg durch die Zerstörung großer Teile des Altonaer Stadtkerns boten, haben die verschiedenen Hamburger Senate ihre Chancen durch das weitgehende Verschwinden industrieller Anlagen in Altona lediglich dazu genutzt, ihre Spießgesellen aus der Immobilienbranche wie Robert Vogel, Dr. Greve, Hollmann, Bruhn oder Büll & Liedtke Bürotürme aus Glas und Beton bauen zu lassen. Die »Perlenkette« an der Elbe zwischen Neumühlen und St. Pauli ist ein besonders trauriges Beispiel dafür, wie Stadtplanung zur Genehmigungstombola zugunsten von InvestorInnen verkommen kann. Im Übrigen wurde diese Art der Bebauung des nördlichen Elbufers vom SPD-Senat unter Henning Voscherau beschlossen und eingeleitet. Zugunsten einer unbelebten charakterlosen Protzkulisse für einlaufende Kreuzfahrtschiffe wurde damit die Chance vertan, eine bunte, lebendig-durchmischte kleinteilige Bebauung mit Wohnen, Gewerbe, Kultur und Gastronomie zu schaffen, die die angrenzenden Stadtteile St. Pauli, Altona-Altstadt und Ottensen

Robert Jarowoy ist Vorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona. Die in seinem Beitrag vor allem am Schluss vorgenommenen Einschätzungen stoßen sicherlich auch auf Widerspruch; wir freuen uns, wenn eine Debatte über seine Thesen in Gang kommt.

ergänzt und bereichert hätte. Für großenteils leerstehenden Büroraum, den man, wenn überhaupt, genauso gut auf die Hafencity hätte begrenzen können, fand ein immenser Flächenverbrauch statt, der dann die Verdichtungspraxis in der oben genannten Weise im Altonaer Kerngebiet legitimieren sollte. Büroleerstand (in Hamburg insgesamt mehr als 1,2 Mio. qm) gab es in Altona in großem Ausmaß allerdings schon vorher (z.B. im Greve-Turm am Bruno-Tesch-Platz oder im Vogel-Hochhaus am Altonaer Bahnhof).

Zu einigen aktuellen Bauvorhaben in Altona:

Neue Große Bergstraße. Hier plant die Hamburger Bruhn-Gruppe am Goetheplatz zwischen Neuer Großer Bergstraße und Großer Bergstraße Abriss und Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses, das mit dem dann gegenüber liegenden IKEA-Klotz kompatibel sein soll. Sozialer Wohnungsbau ist nicht vorgesehen. Die jetzt im Gebäude befindlichen kleinen türkischen Läden sollen verdrängt werden, was juristisch wohl auch möglich sein wird, da sie nur Zwischennutzungsverträge zu haben scheinen. Mit Blume 2000 und der Santander-Bank (ehemals SEB) sind auf Konzernebene Ausweichregelungen getroffen worden. Dass der Neubau entsprechend der 2004 im Bebauungsplan festgelegten weiter südlich verlaufenden Baulinie deutlich weiter in die Neue Große Bergstraße hineinragen wird als die jetzige Bebauung, wird den dortigen Wochenmarkt in Bedrängnis bringen. Die Stadt ist aber entschlossen, die nördliche Hälfte der Fußgängerzone an Bruhn und die EigentümerInnen der daneben gelegenen Grundstücke zu verkaufen, sofern sie dort abreißen und neu bauen wollen.

Seefahrtsschule. Während die Seefahrtsschule selber im nunmehrigen Besitz des Hamburger Stararchitekten Meinhard von Gerkan äußerlich nahezu unverändert bleiben muss, wird ihm bzw. seinem Partner »zum Ausgleich für dieses Opfer« westlich daneben (z.B. im Heine-Park) ein Stück öffentliche Grünfläche zur Verfügung gestellt, worauf ein sechsgeschossiger Wohnblock mit Luxuswohnungen errichtet werden soll. Eine illegale Bebauung, da sie dem geltenden Planungsrecht (öffentliche Grünfläche im Landschaftsschutzgebiet) widerspricht, aber die Baugenehmigung wurde von der Finanzbehörde trotzdem beantragt und vom Bezirksamt Altona im Geheimverfahren erteilt.

»Schleifmittel Hermes«. Auf dem Großteil des ehemaligen Firmengeländes zwischen Lüttkamp und Elbgaustraße an der Luruper Hauptstraße sollen im beschleunigten Genehmigungsverfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung Wohnungen gebaut werden. Das ist bei einem Areal, auf dem Jahrzehnte lang eine Chemiefabrik produzierte, direkt neben einer weiteren Chemiefabrik gelegen, ziemlich skandalös. Da allerdings die benachbarte Fabrik DMG ihre Produktion auf einen Teil des ehemaligen Hermes-Geländes ausweiten will und diese der Bundesimmissionschutzverordnung unterliegt, wird die Umweltbehörde das Vorhaben nach Prüfung der Emissionen möglicherweise noch stoppen. In diesem Fall ist auf dem Gelände ein Ganztags-Schulneubau angedacht, weil Schulen keinen Immissionsschutz genießen.

Sportpark Bahrenfeld. Südlich der Lyserstraße, nördlich der Baurstraße und östlich der Autobahn soll eine Anlage ge-

schaffen werden, die mehrere Sportplätze ersetzt bzw. zusammenfasst, die bisher vor allem südlich der Behringstraße angesiedelt waren, nämlich am Othmarscher Kirchenweg und am Trenknerweg. Dies und die Bauvorhaben auf den beiden bisherigen Sportplätzen hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) unter der ehemaligen Senatorin Hajduk (GAL) an sich ge- und damit der bezirklichen Planungshoheit entzogen. Für die Realisierung beider Vorhaben sollen jeweils ca. 15 Kleingarten-Parzellen wegfallen, ohne dass die in Aussicht gestellten Ersatzflächen auf dem Autobahndeckel auch nur in Sichtweite wären. Lug und Trug diesmal scheinbarweise, bevor dann der große Kündigungsreigen für sämtliche Kleingartenflächen an der Behringstraße, am Holstenkamp und vor dem Volkspark kommt. Dass es dabei nicht um die Finanzierung des Deckels, sondern allein um die Gewinnung wertvollen Baulands geht, wird deutlich in der Beantwortung einer Anfrage der LINKEN Altona, was mit dem Geld geschah, das beim Verkauf des Grundstücks zwischen Tunnelmund und Paul-Ehrlich-Straße realisiert wurde. Tja, das ist nicht etwa in den Sonderfond zur Finanzierung des Deckels, sondern in den allgemeinen Grundstock der Finanzbehörde geflossen, obwohl das betreffende Gelände doch viel näher dran liegt an der Autobahn als die Kleingärten. Dass für die Kinder und Jugendlichen, die ihren Sport bisher auf den Plätzen am Othmarscher Kirchenweg und am Trenknerweg betreiben, der Weg zum neuen Sportplatz-Zentrum über den Autobahnzubringer Behringstraße hinweg sehr viel länger und gefährvoller wird, haben die VertreterInnen der verschiedenen Senatsbehörden lediglich mit einem Achselzucken kommentiert.

Bahndirektionsgebäude. Die Bahn hat ihr bisheriges und derzeit noch als solches genutztes Direktionsgebäude am Altonaer Busbahnhof/Winterstraße/Am Felde an einen geheimgehaltenen Investor verkauft. Was damit geschehen soll, wissen nur SPD/CDU/GAL und das Bezirksamt. Wir von der LINKEN natürlich nicht. Das sehr gut erhaltene und technisch hervorragend ausgestattete Riesengebäude würde Platz bieten für 400 Wohnungen. Der Umbau wäre noch leichter möglich als im Forumsgebäude, wo die ehemaligen SAGA-Büros mit öffentlicher Förderung zum Teil als Sozialwohnungen umgestaltet wurden. Anzunehmen allerdings ist, dass der neue Investor dort ein IKEA-kompatibles Gebäude hinsetzen wird. Womöglich Möbel-Höfner, Max Bahr oder Bauhaus. Wenn Wohnungen, dann ultra-teure Appartements für die StudentInnen der privaten Architekturakademie Meinhard von Gerkan und seines chinesischen Partners in dem unter Denkmalschutz stehenden (Teil-) Gebäudekomplex Am Felde.

Natürlich gibt es noch viele weitere skandalträchtige Bauvorhaben in Altona, aber ich will an dieser Stelle zunächst einmal einhalten und abschließend noch ein paar Worte zur Wohnungsbaupolitik der SPD, wie sie sich jetzt abzeichnet, verlieren. Im Prinzip, das geht aus dem »Vertrag für Hamburg (zur Wohnungsbaupolitik)« hervor, wird die SPD nichts wesentlich anderes betreiben als Schwarz-Grün in den vergangenen Jahren. In den innerstädtischen Kerngebieten zum Nutzen der EigentümerInnen verdichten, was das Zeug hält. Aufstocken, Baulücken schließen und dabei Stück für Stück öffentliche

Grünflächen reduzieren, wozu auch die Kleingärten gehören. Umwandlung der 1.300.000 qm leerstehenden Büroflächen in Wohnraum geht nicht, weil die InvestorInnen lieber ihre Verluste abschreiben, als sich zum Umbau zwingen zu lassen, und da die SPD genauso eine Handlangerpartei des Kapitals wie auch die CDU/GAL ist, wird es eben auch nicht gemacht. Bebauung im größten zusammenhängenden Villengebiet Europas zwischen Othmarschen und Blankenese/Rissen ist und bleibt tabu. Von sozialem Wohnungsbau wird geredet, umgesetzt wird es aber weder von der SAGA/GWG noch durch private InvestorInnen, die hierzu durch städtebauliche Verträge verpflichtet werden müssten. Das einzige, was die Herzen von SPD und GAL höher schlagen lässt, ist die Minderung des Energieverbrauchs durch energetische Baumaßnahmen, an denen sich vor allem GAL-nahe Büros und Firmen dumm und

dämlich verdienen. Dass die Wohnungen dadurch so teuer werden, dass sie nur noch SpitzenverdienerInnen bezahlen können, interessiert auch die SPD nicht. Genauso wenig wie die Forderung von immer mehr kleineren Gewerbetreibenden nach bezahlbaren Gewerbeflächen. Das Gegenteil wird realisiert. Geeignete Gebäudekomplexe wie das ehemalige Electrolux-Gebäude an der Holstenstraße/Max-Brauer-Allee werden planungsrechtlich im Schweinsgalopp umgewidmet, damit InvestorInnen dort Edel-Wohnungsbau betreiben können. Dasselbe geschieht an der Harkortstraße und erfasst derzeit die Große und die Neue Große Bergstraße.

Die Aufgabe der LINKEN bleibt deshalb die Unterstützung des Widerstandes derjenigen, die als BewohnerInnen oder Gewerbetreibende aus Altona vertrieben werden sollen und sich zur Wehr setzen.

Abgründe des Mietenspiegels



»Endlich die Wohnungsfrage lösen«: Der neue Mietenspiegel wird dabei nicht helfen

Im Schnitt 7% mehr für Neubauwohnungen in Hamburg gegenüber dem Vorjahr mussten EigentümerInnen 2010 hinlegen (siehe Hamburger Abendblatt vom 29.3.2011). »Größte Mietsteigerung seit 1992 in Hamburg« hieß es gleichzeitig für Hunderttausende MieterInnen (ebenda am 21.4.2011). Und als Krönung wurde kürzlich klar, dass auch noch die Mietnebenkosten in Hamburg überproportional stark angestiegen sind: Sie erhöhten sich von 2007 bis 2009 um 10% und betragen im Durchschnitt mittlerweile über drei Euro je Quadratmeter (ebenda am 9.6.2011). Angesichts eines rückläufigen oder bestenfalls stagnierenden Realeinkommens bedeuten

diese Entwicklungen, dass viele Haushalte nicht mehr »nur« ein Drittel, sondern teilweise bereits die Hälfte ihres verfügbaren Einkommens für die Wohnung ausgeben müssen.

Und die nächste Welle der Mieterhöhungen steht ins Haus: Voraussichtlich im November 2011 wird der neue Hamburger Mietenspiegel von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) vorgelegt. Bereits der vor zwei Jahren veröffentlichte Mietenspiegel 2009 »bildete ab«, dass die Neuvermietungsmieten seit April 2007 um fast 8% angewachsen waren. Die Hiobsbotschaften der jüngsten Vergangenheit werden auch in diesem Jahr dazu führen, dass die Sätze des

Mietenspiegels 2011 deutlich, womöglich sogar sprunghaft anziehen.

Seit April 2011 sind vom Institut Gewos ca. 11.500 zufällig ausgewählte Haushalte nach ihrer Mietenentwicklung befragt worden. Kurioserweise gehen die Bewohnerangaben in die Berechnungen für den Mietenspiegel nur dann ein, wenn sich die Nettomiete des an der Umfrage beteiligten Haushalts seit dem 1. April 2007 verändert, im Normalfall also erhöht hat. Damit fallen automatisch alle Haushalte aus der Berechnung heraus, bei denen freundlichere VermieterInnen von einer Mieterhöhung abgesehen haben. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben die Mieten von öffentlich geförderten Sozialwohnungen. Wen wundert es also, dass die Miethöhen von Mietenspiegel zu Mietenspiegel angestiegen sind? Nur ein einziges Mal in der fast 35jährigen Geschichte des Hamburger Mietenspiegels, nämlich im Jahre 1999, gab es gegenüber dem Vorläufer einen Rückgang der Durchschnittsmieten um 0,5%.

Was heute wie eine einzige Mietenerhöhungsspirale erscheint, war von den SchöpferInnen dieses wohnungspolitischen Instruments einmal anders gedacht gewesen. Noch bis in die 1970er Jahre ermittelten Sachverständige so genannte Vergleichsmieten, wenn es über die Miethöhe zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kam. Oft reichte es schon aus, dass der Vermieter drei höhere Vergleichsmieten in der Umgebung benennen konnte, und schon war die Mieterhöhung »gerechtfertigt«. Vor diesem Hintergrund wurden in der sozial-liberalen Reformära 1972 die gesetzlichen Voraussetzungen für Mietenspiegel geschaffen, um über wissenschaftlich abgesicherte repräsentative Befragungen die tatsächliche »ortsübliche Vergleichsmiete« herauszufinden. In Hamburg trat ein überzogene Mietverlangen deckelnder Mietenspiegel erstmals 1977 in Kraft. Nach etlichen Klagen vor allem seitens der Vermieter entschied das Hamburger Landgericht 1981, dass im Streitfall der Mietenspiegel zu gelten habe. Tausende MieterInnen konnten sich daraufhin gegen allzu dramatische Mieterhöhungen vor Gericht erfolgreich zur Wehr setzen.

Auch im Bundesgebiet boomte dieses Instrument: 2006 gab es bereits rund 700 Kommunen mit gut 350 Mietenspiegeln. München gilt als das Gegenbeispiel. Dort konnte ein Mietenspiegel erst nach jahrelangem Dauerstreit mit der Immobilienlobby eingeführt werden, was als Ursache dafür gilt, dass die bayrische Metropole heute die höchsten Mieten unter allen bundesdeutschen Städten aufweist.

Der Hamburger Mietenspiegel regelt gegenwärtig für etwa 520.000 Wohnungen im frei finanzierten Wohnungsbau die ortsüblichen Vergleichsmieten. Verantwortlich zeichnet die BSU, die die im Zwei-Jahres-Rhythmus vorgenommenen Untersuchungen an ein privates Institut vergibt. Ein Mietenspiegel-Arbeitskreis, dem der Grundeigentümerverband ebenso angehört wie der Mieterverein zu Hamburg sowie »Mieter helfen Mietern«, hat lediglich eine beratende Funktion. In den zurzeit noch in Arbeit befindlichen neuen Mietenspiegel wird zum ersten Mal der energetische Gebäudezustand in die Berechnung der Nettokaltmiete eingehen. Dieses zukünf-

tig »mietenspiegelrelevante Ausstattungsmerkmal« hat zur Folge, dass die Mieten wegen der energetischen Maßnahmen bzw. Investitionen der HauseigentümerInnen höher ausfallen können. Die Aufnahme energetischer Aspekte wurde bereits bei der Erstellung des Mietenspiegels 2009 angestrebt, scheiterte damals jedoch an der mangelhaften Datenlage.

Was vielen nicht bewusst ist: Jedem Mietenspiegel hängt ein hunderte Seiten umfassendes Wohnlagenverzeichnis an (mit etwas Mühe findet man es im Internet). Ebenso wie beim Mietenspiegel ändern sich die Daten auch im Wohnlagenverzeichnis unter Umständen alle zwei Jahre, die Wohnlage ist da allerdings etwas ausdauernder als die sensiblere ortsübliche Vergleichsmiete. Und doch haben Mietenentwicklung und Wohnlage etwas miteinander zu tun. Im ersten Hamburger Mietenspiegel von 1977 waren noch vier Wohnlagen vorgesehen (einfach, normal, gut, sehr gut), bei denen zusätzlich zwischen Alt- und Neubau unterschieden wurde. Bald darauf reduzierte sich die Zahl der Wohnlagen auf drei: die einfache, die normale und die gute. 1986 wurden dann die einfache und die normale kurzerhand zur normalen Wohnlage zusammengefasst. Dieser Verwaltungsakt zog für zahlreiche BewohnerInnen Mieterhöhungen nach sich.

Heute listet das Verzeichnis rund 23.000 Blockseiten (meist von Straßenkreuzung zu Straßenkreuzung) auf, die als normale oder gute Wohnlage eingestuft werden. Für MieterInnen ist die unterschiedliche Einstufung in die eine oder andere Wohnlage mehr als spürbar, resultieren daraus doch – je nach Größe der Wohnung, Baualter des Hauses etc. – Mietpreisunterschiede von 50 bis 100 Euro monatlich.

Das Problem des Wohnlagenverzeichnisses besteht in seiner angeblich wissenschaftlichen Grundlage. Im Rahmen einer »empirischen Untersuchung« werden »verschiedene Merkmale« geprüft: Bodenrichtwerte, Einwohnerdichte, Bebauungsdichte, Lärmbelastungen, Art der Straße, Grünflächenanteil, ÖPNV-Anbindung. Darüber hinaus können weitere Faktoren in die Prüfung einbezogen werden: umgebende Nutzung, Bauweise/Bauform, baulicher Zustand, Naherholungsmöglichkeiten, landschaftlicher Charakter, Staub- und Geruchsemissionen, Lage des Quartiers (Zentralität), Versorgung mit Läden, Schulen und Infrastruktur, Straßenbild, »Adressenlage«.

Die »Berechnung der Wohnlageneinstufung einer Blockseite« erfolgt vor dem Hintergrund eines statistischen Verfahrens von 1995 unter Berücksichtigung folgender Faktoren:

- Gebietsstatus: 0,88
- Verdichtung: 0,40
- Grünflächenanteil: 0,30
- ÖPNV-Anbindung: 0,26
- Lärmbelastung: 0,14
- Verkehrsbelastung: 0,10

Während man sich unter »Verdichtung« und »Lärmbelastung« zum Beispiel noch etwas vorstellen kann, wird der in dieser Berechnung mit 0,88 bei weitem relevanteste Faktor mit dem Wörtchen »Gebietsstatus« bezeichnet. Dahinter verbirgt sich nichts Geringeres als das Allerheiligste im Kapitalismus: Eigentum an Grund und Boden. Gebietsstatus steht für die so

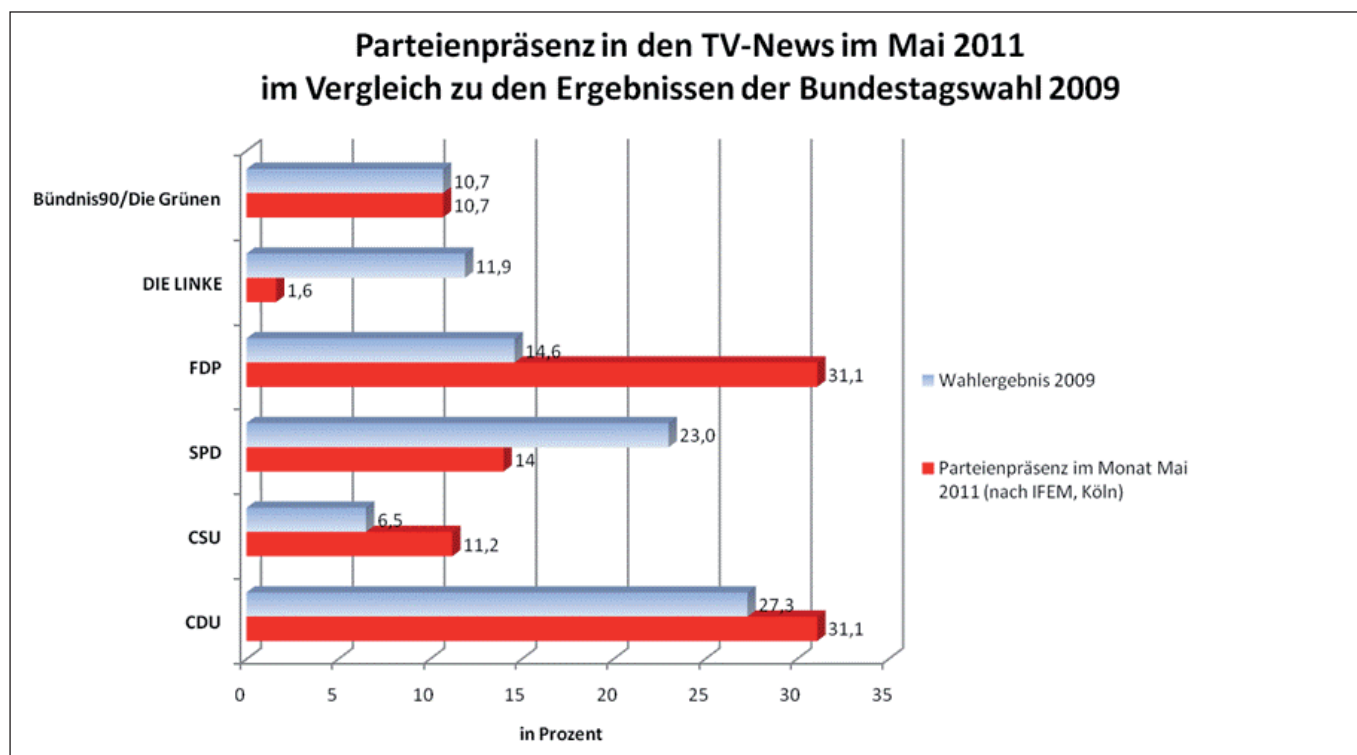
genannten Bodenrichtwerte, den für eine bestimmte Fläche angenommenen und sich in Kaufpreisen niederschlagenden Preis. Im Gebietsstatus würde all »das empirisch operationalisiert, was man als »Wertschätzung« eines Wohngebiets bezeichnen kann«, antwortete uns der Senat auf eine Kleine Anfrage. Da kann sich der Grünflächenanteil erhöhen, die ÖPNV-Anbindung verbessern, die Lärm- und Verkehrsbelastung absinken, doch all das zusammen ergibt einen geringeren Faktor (0,80) als der Gebietsstatus alleine (0,88). Die Konsequenz: Werden in einem Viertel Miet- in edelsanierte Eigentumswohnungen umgewandelt und/oder steigen in der näheren Umgebung die Mieten, erhöht sich über kurz oder lang der Bodenrichtwert und es folgt die Hochstufung von der normalen in die gute Wohnlage. Weitere Mietpreissprünge folgen, Leute müssen wegziehen...

In den nächsten Monaten dürfte sich die Auseinandersetzung um den neuen Mietenspiegel und das Wohnlagenverzeichnis zuspitzen. Die drastischen Mieterhöhungen der letzten Zeit werden auf der Basis der neuen und höheren Werte zu einer weiteren Welle von Mieterhöhungen führen. Die SAGA GWG z.B. ist bekannt und berüchtigt dafür, dass sie unmittelbar nach Bekanntwerden des neuen Mietenspiegels die Mieten in ihren aus der Bindung gelaufenen Wohnungen um zehn und mehr Prozent erhöht.

Doch der Widerstand formiert sich. »Das Zustandekommen des Mietenspiegels ist ein Skandal - wir werden ein Wörtchen mitreden«, heißt es etwa in einem Flyer aus dem Rechtauf-Stadt-Umfeld. DIE LINKE wird sich an den für den Herbst geplanten Aktionen beteiligen und in der Bürgerschaft den Mietenspiegel zum Thema machen.

DIE LINKE und die Medien

von Joachim Bischoff



DIE LINKE ist im Fernsehen deutlich unterrepräsentiert

Das Kölner »Institut für Empirische Medienforschung GmbH« (IFEM) ermittelt regelmäßig die Parteienpräsenz in den TV-Nachrichten und stellt sie grafisch dar. Die Grafik für den Monat Mai 2011, die hier wiedergegeben ist, verdeutlicht anschaulich, in welchem Umfang vor allem DIE LINKE, mit großem Abstand gefolgt von der SPD, in der Berichterstattung benachteiligt wird. Das Ergebnis des Monats Mai ist kein Ausreißer, weicht keineswegs von den Vormonaten ab, sondern bestätigt einmal mehr, dass die bürgerliche Medienwelt alles Linke möglichst kleinredet oder -schreibt. Was sind die Gründe dafür und wie können wir daran etwas ändern?

Während des Bürgerschaftswahlkampfes bin ich auf der Internetplattform abgeordnetenwatch.de gefragt worden: »Was versteht »die Linke« unter einer »demokratischen Kontrolle« der Medien?« Ich gebe im Folgenden meine Antwort in gekürzter Fassung wieder, weil sie zur Erklärung der in der IFEM-Grafik zum Ausdruck kommenden Medienbenachteiligung beitragen könnte und unsere Alternativen deutlich macht. Diese sind im Übrigen ausführlicher in den entsprechenden Passagen des Grundsatzprogramm-Entwurfs der Bundespartei DIE LINKE dargelegt, der unter www.die-linke.de dokumentiert ist.

Sehr geehrter Herr A.

... ich habe in den 1960er Jahren in West-Berlin studiert und mitbekommen, wie insbesondere die Springer-Presse die Aktionen der StudentInnen-, SchülerInnen- und Lehrlingsbewegung verteufelte. Gerade die »BILD« hatte maßgeblich zu einer Hasswelle beigetragen, die dann auch in einem Attentat auf Rudi Dutschke, der damals schwer verletzt wurde, mündete.

Ich schreibe Ihnen das, weil die Medienmacht für mich ein hochbrisantes und -sibles Thema ist, ganz abgesehen davon, dass ich selbst seit Jahrzehnten publiziere und Vorstellungen davon entwickeln musste, wie es mit der Pressefreiheit beschaffen ist, einer Pressefreiheit, die nach dem konservativen Journalisten Paul Sethe in unserem Land vor allem »die Freiheit von 200 reichen Leuten« ist.

Medien sind für mich zentraler Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Ihre Unabhängigkeit ist dabei einer der Dollpunkte für das Bewusstsein, den Aufklärungsgrad und das Engagement der Bevölkerung. Ohne eine solche Medienlandschaft ist ein offener Diskurs in der Gesellschaft oder gar ihre Veränderung nicht denkbar. Dabei beherzige ich nicht zuletzt die Erfahrungen der linken- und Arbeiterbewegung, die wahrlich nicht immer sorgsam mit dem hohen Gut der Pressefreiheit umgegangen ist. Für mich ist klar, dass Einschränkungen dieses Grundrechts nur noch bei wenigen Ausnahme- und Tatbeständen vorstellbar sind: Bei faschistischer, rassistischer und militaristischer Hetze muss meines Erachtens der demokratische Staat eingreifen. Keinesfalls intervenierten aber darf er jemals (wieder), wenn es um die kritische Betrachtung von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat usw. geht, auch und gerade über die bestehenden Zustände hinaus. Da befinde ich mich ganz in der Tradition der klassischen Aufklärung.

Sie fragen konkret danach, was DIE LINKE unter einer »demokratischen Kontrolle« der Medien versteht. Persönlich verbinde ich mit dem Begriff vor allem, dass die Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien- und vor allem auch Presselandschaft gewährleistet werden muss, was in unserem Lande durchaus seine Grenzen hat... Wer ... in Hamburg lebt und über das hiesige Geschehen umfassend informiert sein will, ist darauf angewiesen, regelmäßig das »Hamburger Abendblatt« und gegebenenfalls auch noch »Die Welt« zu lesen, von der auflagenstarken »Bild« einmal ganz abgesehen, alles aus dem Hause Springer. Klar, es gibt daneben noch das Boulevardblatt »Morgenpost« und die »taz« mit ihrer wirklich überschaubaren Hamburg-Seite, das ist es aber auch schon, ausgerechnet in dieser deutschen »Pressehauptstadt«. Die Medienkonzentration in den Händen dieses ... meinungsmachenden, sicher eher konservativ einzustufenden Unternehmens bekomme ich als Parlamentarier täglich mit, denn vielfältige Initiativen, Anfragen, Anträge etc. der Linksfraktion – übrigens auch auf Bundesebene – bleiben ohne jede Berücksichtigung.

Ich will es mir nicht zu einfach machen und Fehler auf meiner respektive unserer »Seite« keineswegs ausschließen,

aber ich behaupte, dass das Gros der Menschen keine klaren, halbwegs zutreffenden Vorstellungen von dem hat, was z.B. die Abgeordneten der LINKEN eigentlich so treiben und in welcher Weise und wie sie konkret versuchen, an einer sozial-ökologischen Wende in Hamburg oder der Bundesrepublik zu arbeiten.

Doch welche Instrumente gibt es, um eine solche demokratische Kontrolle auszuüben? Ich verstehe diesen Begriff so, dass die allzu große (Über-) Macht in Händen weniger MeinungsmacherInnen und Medienunternehmen verhindert werden muss, denn dies geht auf Kosten der Vielfalt und Breite. Dafür haben wir u.a. das Kartellgesetz (das leider kaum noch angewendet wird), dafür haben wir die »demokratisch kontrollierten« öffentlich-rechtlichen Medien (die sich leider zunehmend der privaten Konkurrenz ergeben haben und bisweilen nur noch eine ebenso anspruchslose Kopie sind), dafür gibt es auch Vorstellungen einer stärkeren Beteiligung von Belegschaften, Redaktionen etc. in solchen Medienkonzernen...

Sie sehen, dass es mit der »Kontrolle« nicht so weit her ist und ich mir da einen offenen Diskurs wünsche, wie die Vielfalt ... zu verbreitern wäre.

Der Dreh- und Angelpunkt bleibt wahrscheinlich, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse »voranbewegen« müssen, dann reagiert auch die Medienlandschaft oder gar ein konservativer Zeitungskonzern. Da möge man sich nur einmal an die Auseinandersetzungen um das Hamburger Gängeviertel erinnern. Eine Besetzung von Räumen wäre für die Abendblatt-Redaktion wohl so ziemlich das Letzte gewesen, aber durch die Breite des Protests und positive Reaktionen bis weit in bürgerliche Schichten hinein (»Die retten das letzte Stück des alten Hamburgs«) gab es plötzlich eine wirklich beeindruckende, affirmative Befürwortung der Aktivitäten, wochenlang wurde seitenlang berichtet.

Das war in Stuttgart nicht anders, und das wird auch in Zukunft bei bestimmten Entwicklungen so sein. Und gerade solche gesellschaftlichen Aufbruchsszenarien eröffnen ja die Perspektive für das Entstehen und Erstarken einer anderen, alternativen Presse- und Medienlandschaft in all ihren Schattierungen.

Ist vielleicht deswegen so vielen Menschen das Internet mit all seinen Facetten inzwischen näher, als die Tageszeitung, Radio- oder Fernsehberichterstattung? Hier jedenfalls bieten sich völlig neue Möglichkeiten der breiten Nutzung durch die Menschen (ich denke da z.B. an Online-Petitionen), weswegen ich aber auch sehr sensibel auf Einschränkungen im Netz reagiere und gleichzeitig – vor allem – dafür plädiere, dass alle Menschen den Zugang zu diesem Medium erhalten und den Umgang damit auch ... erlernen. Hier sehe ich meine Kontrollfunktion als Abgeordneter ... darin, den möglichst breiten Zugang zu diesem Medium abzusichern, sei es durch Unterstützung schulischer Angebote oder kostenfreie Netzzugangsmöglichkeiten etc. ...

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Bischoff

Kulturipp: Open-Air-Summertime



Raus in die Stadt! Zum Beispiel zu einem Spaziergang durchs wunderschönen Kalkhofe

Wer in den jetzt begonnenen Sommerferien in Hamburg bleibt, wird in den kommenden Wochen zahlreiche Open-Air-Angebote nutzen können: Eigentlich gibt es in Hamburg kein schlechtes Wetter, nur falsche Kleidung.

Am **Dienstag, den 5. Juli um 11:00 Uhr** präsentiert die Willi-Bredel-Gesellschaft/Geschichtswerkstatt Fuhlsbüttel auf der Terrasse des »Grünen Saals« (Im Grünen Grunde 1) die »öffentliche Hörspielvorstellung« des Stücks »Kriegsgericht«, das seine Premiere am 8. Mai beim »Friedensfest am Kriegsklotz« hatte. Die Schauspielgruppe »Antikriegsambulanz« verarbeitet in dem Hörwerk Geschehnisse aus einem Militärgerichtsverfahren gegen einen Deserteur der NS-Kriegsmarine.

Am **Donnerstag, den 7. Juli um 17:00 Uhr** beginnt am Hamburger Rathaus (Haupteingang) der Stadtrundgang »Branntwein, Bibeln und Bananen«. Im Zentrum steht Hamburgs dunkle Kolonialgeschichte. Mina Ringel und Jonna Tikkanen vom Eine Welt Netzwerk veranschaulichen an verschiedenen Stationen, wie die hanseatischen Kaufleute und Reeder an der Ausbeutung von Sklaven, an Palmöl, Schnaps und Baumwolle verdienten. Und sie machen deutlich, dass

die Freie und Hansestadt reichlich koloniale Spuren aufweist. Der Teilnahmepreis beträgt 7 Euro, ermäßigt 5 Euro.

Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) führt wie schon in den Vorjahren in den Sommerferien für Hamburger Kids und ihre Eltern Radtouren in die nähere und weitere Umgebung durch. Am **Mittwoch, den 6. Juli** geht es z.B. zu »schönen Badeseen im Südosten Hamburgs«; Treff ist um 11:00 Uhr die U-Bahnstation Wandsbek Markt (Plaza), die Strecke ist ca. 40 km lang, bei gutem Wetter wird natürlich ein Badestopp eingelegt. Am **Freitag, den 9. Juli** geht es ins Wittmoor, vorausgesetzt, es regnet nicht Bindfäden; gestartet wird um 14:00 Uhr an der U-Bahnstation Habichtstraße, die Strecke hat ebenfalls eine Länge von 40 km. Mit dem Hamburger Ferienpass kostet die Teilnahme lediglich ein Euro für Kinder oder 1,50 Euro für die ganze Familie. Das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter www.hamburg.adfc.de. Wer noch keinen Ferienpass hat, kann ihn sich unter www.ferienpass-hamburg.de herunterladen.

Allen Leserinnen und Lesern des BürgerInnenbriefes und uns selbst wünschen wir einen sonnigen Monat Juli!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.